

# Töten ohne US-Technik

Deutsche Rüstungskonzerne werben vermehrt damit, dass sie ihre Waren unabhängig von Washington produzieren. **Von Jörg Kronauer**

Man schießt deutsch: Das wird die Bundeswehr auch in Zukunft wohl stolz von sich behaupten können – dann nämlich, wenn ihre Soldaten mit dem Nachfolgemodell des berühmt-berüchtigten Sturmgewehrs »G 36« ins Gefecht ziehen. Denn dieses Gerät wird »ITAR-frei« sein. Das jedenfalls sehen laut einem Bericht der *Welt* vom 3. Oktober die Detailanforderungen an die Waffe vor, die die Bundeswehr mittlerweile interessierten Firmen zugeschickt hat. »ITAR-frei« – nie gehört? Nun, der Reihe nach.

Der Auftrag, den G-36-Nachfolger herzustellen, ist in der Waffenindustrie heiß begehrt. Zum einen handelt es sich um ein lukratives Geschäft: Allein die Bundeswehr will, wie sie im April mitteilte, 120.000 Stück kaufen – für einen Gesamtpreis von 245 Millionen Euro plus Mehrwertsteuer. Das sind mehr als 2.000 Euro pro Exemplar. Der Vertrag soll im ersten Halbjahr 2019 geschlossen werden und eine Laufzeit von sieben Jahren haben; das Sturmgewehr sichert dem Hersteller also eine ganze Weile den Profit. Zum anderen wird's kaum bei einem einzigen Auftrag bleiben. Schon das »G 36« ist als Standardwaffe bei verschiedenen NATO-Streitkräften im Dienst, etwa in Spanien, Lettland und Litauen; es wird darüber hinaus von den Armeen mehrerer weiterer Staaten genutzt, zum Beispiel von Saudi-Arabien und Ägypten, von georgischen, jordanischen und philippinischen Spezialeinheiten, auch von der brasilianischen und der mexikanischen Polizei. Dass die künftige Standardwaffe der Bundeswehr gleichfalls von dem einen oder anderen Verbündeten übernommen wird, davon darf man ausgehen. Es winken also auch attraktive Folgegeschäfte.

»ITAR« wiederum – das steht für »International Traffic in Arms Regulations«, also: »Vorschriften für den internationalen Waffenhandel«. Bei ITAR handelt es sich um ein US-Regelwerk, das strenge Normen für den Handel mit Rüstungsgütern festlegt. Im Kern weist es Parallelen zu den deutschen Vorschriften für den Rüstungsexport auf, wie sie etwa in den »Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern« festgeschrieben sind. In diesen wird gefordert, dass »Kriegswaffen und kriegswaffenna-



Besucher einer Waffenmesse in den USA begutachten das neueste Modell aus dem Hause Heckler und Koch (Chantilly, Virginia, 28. Juli 2012)

he sonstige Rüstungsgüter (...) nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung in dritte Länder reexportiert« werden; deshalb sind für den Export unter anderem sogenannte Endverbleibserklärungen verpflichtend. Die ITAR-Regeln gehen freilich weit darüber hinaus. Wer irgendwelche Teile verbaut, die von den US-Behörden als sensible Rüstungstechnologie eingestuft werden, der muss sich dies ebenso genehmigen lassen wie einen eventuellen Weiterverkauf. Dabei erlaubt das strikt vorgeschriebene Genehmigungsverfahren den US-Behörden erhebliche Einblicke in Details der Konstruktion.

In der deutschen Industrie ist ITAR entsprechend unbeliebt. Waffen ohne genehmigungspflichtige US-Technologie zu bauen – das ist in Zeiten hochspezialisierter und zugleich globalisierter Elektronik gar nicht so einfach, aber durchaus möglich; immer wieder werben Rüstungskonzerne und ihre Zulieferer mit dem verkaufsförderlichen Zusatz »ITAR-frei«. Rheinmetall etwa tut das bei seinem Maschinengewehr »RMG 7,62«, das in unmittelbarer Zusammenarbeit mit der Bundeswehr entwickelt wurde. Der deutsche Konzern weist dabei

ausdrücklich darauf hin, dass er die Waffe »auch auf dem internationalen Markt« verkaufen will. Washington wird dabei, sehr zur Freude des Düsseldorfer Konzerns, kein Wörtchen mitreden können. »ITAR-frei« sind bei Rheinmetall zudem das neue Maschinengewehr »RMG 50« sowie die Maschinenkanone »Wotan 30 ABM«. Ein weiteres Beispiel: als Airbus Defence and Space vor drei Jahren seine Breitbanddatenlinkfamilie »Lygari-on« auf den Markt brachte, die laut Bundeswehr-Experten »den sicheren Austausch von Echtzeitdaten zwischen mobilen luft- oder seegestützten Plattformen und verlegfähigen Bodenkontrollstationen ermöglichen« soll. Der Konzern teilte gleichfalls mit, das System nutze keine ITAR-gelisteten Teile. Nachsichtgeräte, Navigationssysteme, Schwenkkopffunktionen für Drohnen – all dies gibt es in der deutschen und übrigens auch in der französischen Rüstungsindustrie schon längst ohne die einschlägige US-Technologie.

Steht »ITAR-frei« für einen neuen Trend? Die Tatsache, dass die Bundeswehr das Kriterium für ihr neues Sturmgewehr ausdrücklich vorgeschrieben hat, bestärkt die Vermutung – zumal der Verzicht auf US-Rüstungsprodukte nicht nur der Industrie, son-

dern natürlich auch der Politik neue Spielräume verschafft. Nicht ohne Ziel setzt die Bundesregierung seit Jahren alles daran, Stück für Stück auf den entscheidenden Feldern – von der Satellitennavigation bis zur IT-Spionage – von US-Technologie unabhängig zu werden und eigenständige deutsche oder doch zumindest europäische Lösungen zu entwickeln. Erst im Juli jubelten etwa zwei Regierungsberater von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), die Entscheidung, einen deutsch-französischen Kampfjet zu bauen, anstatt ein fertiges US-Modell zu kaufen, sei eine erfreuliche »Absage an die USA«. Mit ihr rücke »die europäische Autonomie (...) ein bisschen näher«. Die Ausschreibung für die G-36-Nachfolge liegt ganz auf dieser Linie.

Nebenbei: Wie *Die Welt* berichtet, kommt die Festlegung auf ein ITAR-freies Sturmgewehr einer Vorentscheidung für das Angebot von Heckler und Koch gleich. Denn die wichtigsten Konkurrenten, SIG Sauer aus Eckernförde sowie ein Verbund aus Rheinmetall (Düsseldorf) und Steyr Mannlicher (Kleinraming/Oberösterreich), nutzen der Zeitung zufolge US-Technologie.

## Hintergrund: Sturmgewehre von Heckler und Koch

Das Kürzel »HK 433« wird man sich möglicherweise merken müssen. Es ist die Bezeichnung für ein neues Sturmgewehr aus dem Hause Heckler und Koch, das eventuell Nachfolger des »G 36« wird. Im Februar hat es die Militärzeitschrift *Europäische Sicherheit und Technik* beinahe überschwänglich gelobt. Die Waffe, die es in unterschiedlichen Ausführungen gibt, kombiniert die Eigenschaften zweier Vorläufermodelle – des »G 36« und des »HK 416«. Letzteres wird bereits von den norwegischen Streitkräften genutzt und nun auch vom französischen Militär beschafft. Paris hat im vergangenen September 102.000 Exemplare für Heer, Luftwaffe und Marine bestellt. Zusammen mit mehr als 10.000 Granatwerfern, Zubehör und Munition kosten die »HK 416« rund 300 Millionen Euro. Das neue »HK 433« soll nun die Vorteile beider Modelle kombinieren; insbesondere deckt es, heißt es in der Zeitschrift, »in Funktion und Zuverlässigkeit das von der NATO definierte Temperaturband – also von extrem heißen Temperaturen bis hin zu extremer Kälte – problemlos ab«. Damit sind die territorialen Optionen, die sich Berlin für künftige Kriege offenhält, wohl präzise definiert.

»Zu betrachten« sei, heißt es in dem Artikel, zudem »der politische Kontext«. Die EU-Militärpolitik erfahre »derzeit neue Impulse«. Damit verstärke sich auch der »Trend zu einer Harmonisierung der militärischen Beschaffung«. Bereits heute rüsteten »zahlreiche europäische Staaten ihre Streitkräfte mit Standardsturmgewehren aus dem Hause Heckler und Koch aus« – neben Frankreich und Norwegen (»HK 416«) etwa Deutschland, Spanien und Litauen (»G 36«). Auch »zahlreiche westliche Spezialkräfteeinheiten«, nicht nur militärische, sondern auch polizeiliche, nutzten Produkte der Oberndorfer Waffenschmiede. »Mit dem HK-433-Konzept setzt das Unternehmen auf eine interoperable und zugleich individuellen Bedarfen Rechnung tragende »Einheitsbewaffnung« der Streit- und Sondereinsatzkräfte in Europa.«

(jk)

## Neu erschlossene Exportmärkte

Heckler und Koch baut ein eigenes Werk in den USA – zur »zivilen« Waffenproduktion

Das US-Geschäft von Heckler und Koch boomt. Die Oberndorfer Waffenschmiede, die es der Bundeswehr ermöglichen könnte, ein neues, garantiert von US-Bauteilen freies Sturmgewehr zu beschaffen, hat im vergangenen Jahr ihren Absatz in den Vereinigten Staaten ganz beträchtlich ausgebaut. Sie hat nicht nur den Auftrag erhalten, den US-Streitkräften das neue Scharfschützengewehr »G 28 E1« zu bauen, und zwar 3.600 Stück für insgesamt bis zu 44 Millionen US-Dollar (37,5 Millionen Euro). Sie hat

zudem um 48 Prozent auf dem zivilen US-Waffenmarkt zugelegt. Damit stieg der Umsatz in den USA, wie *Die Welt* berichtete, im Jahr 2016 auf 76,5 Millionen Euro. Das sind fast 40 Prozent des gesamten Firmenumsatzes, der sich damals auf 202,4 Millionen Euro belief. Die Vereinigten Staaten sind damit der größte Absatzmarkt von Heckler und Koch – mit einem erheblichen Abstand vor dem deutschen Heimatmarkt, der gerade einmal 25 Prozent des Umsatzes generierte. Immerhin zehn Prozent des Umsatzes wurden in Frankreich er-

zielt, dem drittgrößten Absatzmarkt der Firma. Auch seine Wachstumschancen sieht das Unternehmen vor allem in den USA, und zwar im zivilen Bereich: »Auf diesem Markt sind wir der Waffen-Porsche«, schwärmte Mehrheitseigentümer Andreas Heeschen im vergangenen Jahr.

Entsprechend hat Heckler und Koch im Mai angekündigt, ein erstes eigenes Werk in den USA zu errichten. Dort sollen Pistolen für die zivile Nutzung hergestellt werden. Standort ist Columbus im Bundesstaat Georgia, wo die Waffenschmiede schon lange

ihr US-Verkaufsbüro unterhält – eine Region, in der Löhne und gewerkschaftliche Organisation ziemlich niedrig seien, heißt es bei der Firma. Gut 23 Millionen US-Dollar soll die rund 3.700 Quadratmeter große neue Fabrik kosten. Schon im kommenden Jahr will Heckler und Koch dort die Produktion aufnehmen, dann die ersten Pistolen im Januar 2019 bei der »Shot Show« in Las Vegas öffentlich präsentieren und am besten auch gleich verkaufen. Mit dem US-Standort schaffe man sich Sicherheit für den Fall, dass die Re-

gierungsmannschaft von Präsident Donald Trump die Einfuhr von Waffen empfindlich erschwere, heißt es in Oberndorf. Darüber hinaus könne man sich womöglich Exportmärkte erschließen, deren Belieferung von Deutschland aus – nicht zuletzt wegen der hiesigen Rüstungsexportkontrolle – eher schwierig sei. Insbesondere aber hoffe man, den eigenen Anteil am US-Zivilmarkt von Columbus aus besser stärken zu können. Gegenwärtig liegt er noch unter zwei Prozent. Der US-Waffenmarkt aber, das weiß man ja, boomt.

(jk)